



Datenschutzrechtliche Pflichtinformation zur Compliance-Meldeplattform "SpeakUp" gemäß DSGVO und per E-Mail/Brief oder im persönlichen Gespräch

1. Informationen über bestimmte Verarbeitungsaktivitäten

Verantwortliche	<p>Heidelberg Materials AG, Berliner Straße 6, 69120 Heidelberg, Deutschland (im Folgenden „HMAG“), Telefon: +49 6221-481-0, Fax: +49 6221-481-13217, Email: info@heidelbergmaterials.com gemeinsam mit jedem verbundenen Unternehmen, das das SpeakUp-System verwendet. (HMAG und die verbundenen Unternehmen, die als gemeinsame Verantwortliche fungieren, werden im Folgenden als "Verantwortliche" bezeichnet)</p>
Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten	<p>Heidelberg Materials AG, Konzern-Datenschutzbeauftragte, Berliner Straße 6, 69120 Heidelberg, Deutschland, Telefon: +49 6221-481-39603, Email: datenschutz@heidelbergmaterials.com Darüber hinaus können Sie die Datenschutzbeauftragten oder -koordinatoren des verantwortlichen verbundenen Unternehmens kontaktieren.</p>
Beschreibung der Verarbeitung und gemeinsamen Verantwortlichkeit	<p>Die gemeinsame Verantwortlichkeit ergibt sich aufgrund der Tatsachen, dass die HMAG (i) das SpeakUp-System (die Whistleblower-Hotline) innerhalb des Heidelberg Materials Konzerns als verbindliches System zur Dokumentation von Compliance-Fällen eingeführt hat, (ii) für die erste Phase der Datenerhebung verantwortlich ist, (iii) entscheidet, ob und welchem verbundenen Unternehmen der Fall zugeordnet wird und (iv) entscheidet wer Zugang zu den Daten erhält und sie diese für eigene Zwecke nutzt. Im Rahmen der gemeinsamen Verantwortlichkeit ist die Heidelberg Materials AG für die Verarbeitung personenbezogener Daten während und nach der ersten Erhebungsphase zuständig. Ein Melder berichtet einen Fall entweder über die Webseite oder per Telefonanruf. Telefongespräche werden vom Auftragsverarbeiter (People Intouch B.V.) transkribiert, der auch die IT-Infrastruktur (Webseite) für die Meldungen von Fällen zur Verfügung stellt. Telefonisch gemeldete Fälle werden transkribiert und bei Bedarf in Englische übersetzt und das Transkript wird an die HMAG übermittelt. Sofern über die Webseite Fälle gemeldet werden, erfolgt eine maschinelle oder eine herkömmliche Übersetzung durch einen Übersetzer, wenn die Meldesprache</p>



	<p>nicht Englisch ist. Der Auftragsverarbeiter setzt im Rahmen seiner Dienstleistungserbringung ggfls. Unterauftragnehmer ein. Die HMAG entscheidet, welches verbundene Unternehmen (dort die jeweilige Landeszentrafunktion) den Fall untersuchen soll und weist den Fall diesem verbundenen Unternehmen zu. Für die weitere Verarbeitung (Festlegung von Aktionen und Maßnahmen, Kommunikation mit dem Melder, Dokumentation/Untersuchungsbericht) der personenbezogenen Daten ist das verbundene Unternehmen verantwortlich, aber die HMAG hat Zugriff auf die Daten und verwendet sie in eigener Verantwortung für statistische und Berichtszwecke in pseudonymisierter Form. Das verbundene Unternehmen kann weitere personenbezogene Daten hinzufügen und leitet dann die weitere Untersuchung und bearbeitet den Fall in eigener Verantwortung.</p> <p>Im Rahmen der Bereitstellung des SpeakUp-Systems (d.h. der reinen IT-Infrastruktur) für die verbundenen Unternehmen ist die HMAG Auftragsverarbeiter und das jeweils verbundene Unternehmen Verantwortlicher.</p> <p>Für jene Teilbereiche der Verarbeitung, in denen die Parteien die Zwecke und Mittel der Datenverarbeitung nicht gemeinsam festlegen, handelt jeder Verantwortliche in alleiniger Verantwortung.</p>	
Kategorien verarbeiteter personenbezogenen Daten	<p>Mitarbeiter und Dritte können Compliance Vorfälle telefonisch sowie elektronisch über die SpeakUp Webseite, per E-Mail, Brief oder in einem persönlichen Gespräch melden. Sofern ein Vorfall nicht über die SpeakUp-Plattform gemeldet wird, wird er vom zuständigen Compliance Officer in SpeakUp eingepflegt. Je nach Natur des gemeldeten Vorfalls, kann nicht vorhergesagt werden, welche Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Allerdings können insbesondere folgende Kategorien von personenbezogenen Daten erhoben werden:</p>	
	Daten des Melders	Daten der Person, über die berichtet wird
	<ul style="list-style-type: none">▪ Kontaktdaten (Name, berufliche Position, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Unternehmen, Land), falls der Vorfall nicht anonym übermittelt wird.	<ul style="list-style-type: none">▪ Kontaktdaten (Name, berufliche Position, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Unternehmen, Land).▪ Inhalt des gemeldeten Vorfalls



	<ul style="list-style-type: none">▪ Sitzungs-Cookie, falls ein Vorfall über das Web-Portal übermittelt wird (siehe auch die Datenschutzrichtlinie für das Web-Portal, welches vom externen Service-Provider People Intouch B.V. (Auftragsverarbeiter) gehostet und verwaltet wird).▪ Die Stimme des Melders, falls ein Vorfall telefonisch übermittelt wird. (Lediglich eine Transkription liegt den Verantwortlichen vor, die Stimme selbst ist nur dem Auftragsverarbeiter (People Intouch B.V.) zugänglich.▪ Der Inhalt des gemeldeten Vorfalls.	<p>(hierzu zählen insbesondere, aber nicht ausschließlich: Kontodaten, Unterlagen, die ein bestimmtes Verhalten dokumentieren, Arbeitszeiterfassung sdaten, Fotos, Video-Aufzeichnung, etc.).</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Ergriffene Maßnahmen.
	Daten zu (etwaigen) Zeugen	Daten zu Ermittlern und Personen verantwortlich für Maßnahmen
	<ul style="list-style-type: none">▪ Kontaktdaten (Name, berufliche Position, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Unternehmen, Land)▪ Die Tatsache, dass eine Person ein Zeuge sein könnte und die Rolle einer solchen Person in einem gemeldeten Vorfall.▪ Daten, die ein Zeuge den Verantwortlichen selbst übermittelt.	<ul style="list-style-type: none">▪ Kontaktdaten (Name, berufliche Position, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Unternehmen, Land)



Herkunft der personenbezogenen Daten	<ul style="list-style-type: none">• Bezüglich des Melders: Der Melder stellt die Daten den Verantwortlichen selbst zur Verfügung.• Bezüglich der Person, die Gegenstand der Meldung ist: Die Daten werden von dem Melder an die Verantwortlichen übermittelt.• Bezüglich der Daten etwaiger Zeugen: Die Daten werden von dem Melder, einer Person, die von der Fallmeldung betroffen ist oder dem etwaigen Zeugen selbst zur Verfügung gestellt.• Bezüglich der Daten von Ermittlern (z.B. des Compliance Officers) und Personen verantwortlich für Maßnahmen: Festlegung durch den Arbeitgeber.• Das verbundene Unternehmen kann persönliche Daten zur Verfügung stellen, die im Laufe einer Untersuchung gesammelt werden.
Zwecke der Datenverarbeitung	<ol style="list-style-type: none">1. Kontaktdaten des Melders: Zweck ist es, mit dem Melder in Kontakt zu treten, um den Sachverhalt weiter zu klären und ihm eine Antwort zu geben.2. Kontaktdetails der Person, die Gegenstand der Meldung ist: Zweck ist es, jede Person zu identifizieren, die Gegenstand einer Meldung ist, und Ermittlungen einzuleiten.3. Daten eines etwaigen Zeugen: Zweck ist es, mit einem (potenziellen) Zeugen in Kontakt zu treten, um zu untersuchen, ob die Person tatsächlich Zeuge ist und bereit ist, zur Klärung des Sachverhalts im Zusammenhang mit dem gemeldeten Vorfall beizutragen.4. Sitzungs-Cookie: Das Cookie ist für die effiziente Funktion der Webseite erforderlich.5. Stimme des Melders: Zweck ist es, andere Kommunikationskanäle als nur das Web-Portal anzubieten, da möglicherweise nicht jedem Melder eine Internetverbindung oder Hardware zur Verfügung steht.6. Inhalt des gemeldeten Vorfalls: Zweck ist es, sich über (potenzielle) Compliance-Risiken in der Organisation zu informieren, den Inhalt der gemeldeten Vorfälle sorgfältig zu prüfen und zu handeln, wenn Verstöße gegen gesetzliche Verpflichtungen oder (interne) Vorschriften festgestellt werden.7. Daten über Untersuchung und ergriffene Maßnahmen: Zweck ist es, alle Schritte der Untersuchung zu dokumentieren und den Fall ordnungsgemäß zu bearbeiten.8. Daten der Ermittler und der für die Maßnahmen verantwortlichen Personen: Zweck ist die Verwaltung und Klärung der Verantwortlichkeiten.



	9. Alle vorstehend unter Punkt 1-8 genannten Daten werden auch für statistische und Berichterstattungszwecke (in pseudonymisierter Form) verwendet.
Rechtsgrundlagen für die unter den Punkten 1-9 genannten Zwecke der Datenverarbeitung	<p>Rechtliche Grundlage für die Datenverarbeitung unter</p> <ol style="list-style-type: none">1. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a) DSGVO für den Fall, dass ein Melder beschließt, nicht anonym zu berichten, und seine persönlichen Kontaktdaten an die Verantwortlichen übermittelt.2. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das berechnigte Interesse der Verantwortlichen besteht darin, Personen innerhalb ihrer Organisation zu identifizieren, die nicht in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen oder (internen und externen) Vorschriften handeln könnten, und diese Personen zu kontaktieren oder ihre Kontaktdaten zur Einleitung eines Rechtsverfahrens zu verwenden. Darüber hinaus können die Kontaktdetails erforderlich sein, um eine Person, die von einem Vorfall betroffen ist, über die Tatsache zu informieren, dass ein Vorfall gemeldet wurde, in dem diese Person erwähnt wurde.3. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das berechnigte Interesse der Verantwortlichen besteht darin, Personen zu ermitteln, die zur Klärung eines gemeldeten Vorfalls beitragen können, damit die Verantwortlichen die Fakten überprüfen und geeignete Maßnahmen zum Abschluss eines Falles ergreifen können.4. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das berechnigte Interesse der Verantwortlichen besteht darin, die Website zu betreiben, welche ohne das Setzen des notwendigen Cookies technisch nicht möglich ist.5. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das Interesse der Verantwortlichen besteht darin, sich über Compliance-Vorfälle innerhalb der Organisation zu informieren, und da Internet oder Computer-Hardware möglicherweise nicht überall verfügbar sind, können Personen Vorfälle möglicherweise nicht melden, wenn kein anderer Meldeweg zur Verfügung steht. Eine Telefonverbindung könnte von Meldern weiterhin als



	<p>sicherer angesehen werden. Deshalb wird die Telefonoption als zweiter Meldekanal angeboten.</p> <p>6. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das Interesse der Verantwortlichen besteht darin, sich über Compliance-Vorfälle innerhalb der Organisation zu informieren und unangemessenes/illegales Verhalten zu unterbinden. Die rechtliche Grundlage für die Verarbeitung des Inhalts des gemeldeten Vorfalls kann auch Art. 88 DSGVO in Verbindung mit etwaigen lokalen Datenschutzgesetzen (z.B. in Deutschland: § 26 Abs. 1 BDSG (Bundesdatenschutzgesetz) sein, falls der gemeldete Inhalt einen Arbeitnehmer betrifft, der Partei eines deutschen Arbeitsvertrages ist.</p> <p>7. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das Interesse der für die Verarbeitung Verantwortlichen besteht darin, eine Untersuchung zu dokumentieren, um deren Ordnungsmäßigkeit nachzuweisen.</p> <p>8. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das Interesse der Verantwortlichen liegt in der Nachvollziehbarkeit von Handlungen und Maßnahmen und in der Behebung der nicht konformen Situation.</p> <p>9. oben ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO. Das Interesse der Verantwortlichen besteht darin, die Fälle für statistische Zwecke zu analysieren und der jeweiligen Geschäftsleitung in pseudonymisierter Form über Compliance-Fälle zu berichten, so dass der Geschäftsbetrieb optimiert werden kann und die Geschäftsleitung ihren Verpflichtungen zur Sicherstellung eines wirksamen Compliance-Systems nachkommen kann.</p>
Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	<ul style="list-style-type: none">▪ Verantwortliche▪ Externe Dienstleister, z.B. People Intouch B.V.▪ Gegebenenfalls: externe Rechtsanwälte, Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht) oder Verwaltungsorgane bzw. Aufsichtsbehörden (z.B. Datenschutzbehörde, Kartellamt, BAFIN)
Erforderlichkeit der Datenverarbeitung	Die Verantwortlichen sind gesetzlich verpflichtet, ein wirksames Compliance-Management und wirksame Kontrollen einzuführen. Konkrete Verpflichtungen hierzu ergeben sich z.B.



	aus dem Hinweisgeberschutzgesetz und dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.
Ort der Verarbeitung und Übermittlung an Drittstaaten	<p>In technischer Hinsicht werden die Daten auf einer Plattform verarbeitet, die von einem externen Dienstleister mit Sitz in den Niederlanden gehostet wird.</p> <p>Die Daten werden zudem in Deutschland, in dem Land, in dem der Melder ansässig ist und in jedem Land, das von dem gemeldeten Vorfall betroffen ist, verarbeitet.</p> <p>Gegebenenfalls müssen die Daten auch an (ausländische) Behörden übermittelt werden, soweit dies aus rechtlichen Gründen erforderlich ist.</p> <p>Die oben genannten Empfänger können daher auch in Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ("Drittstaaten") ansässig sein. In Drittstaaten ist das Datenschutzniveau möglicherweise nicht im gleichen Umfang gewährleistet wie im Europäischen Wirtschaftsraum. Werden Daten in ein Drittstaat übermittelt, stellen die Verantwortlichen sicher, dass die Übermittlung der Daten nur nach den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt (Kapitel V DSGVO).</p>
Dauer der Datenspeicherung	<ul style="list-style-type: none">▪ Die Sprachaufzeichnung wird vom Dienstleister People Intouch nach 24 Stunden gelöscht, nachdem die für die Verarbeitung Verantwortlichen das Transkript im SpeakUp-System, zu dem nur die Verantwortlichen Zugang haben, erhalten haben. Die Sprachaufzeichnung wird 5 Tage lang auf dem Back-up-System aufbewahrt.▪ Die Falldaten im SpeakUp-System werden nach Abschluss eines Falles 3 Jahre lang gespeichert.▪ In Einzelfällen werden die Daten länger gespeichert, wenn ein Verantwortlicher ein berechtigtes Interesse daran hat, die Daten länger zu speichern (z.B. zur Abwehr oder Verfolgung von Rechtsansprüchen).

2. Ihre Rechte als Betroffener

Als Betroffener können Sie sich jederzeit mit einer formlosen Mitteilung unter den oben genannten Kontaktdaten an einen Verantwortlichen, insbesondere an den Konzernbeauftragten für den Datenschutz bei Heidelberg Materials, wenden, um Ihre Rechte gemäß der DSGVO wahrzunehmen. Jeder Verantwortliche wird alle anderen Verantwortlichen über die Ausübung der Rechte eines Betroffenen informieren und dem jeweils anderen Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen. Falls Sie einen Antrag auf Auskunft gemäß § 15 DSGVO stellen,



wird der Verantwortliche, dem der Vorfall zugeordnet wurde, diese Informationen zur Verfügung stellen.

Konkret stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- das Recht, Auskunft über die verarbeiteten Daten sowie eine Kopie der verarbeiteten Daten zu erhalten (Auskunftsrecht, Art. 15 DSGVO),
- das Recht, die Berichtigung unrichtiger Daten oder die Ergänzung unvollständiger Daten zu verlangen (Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO),
- das Recht, die Löschung der personenbezogenen Daten zu verlangen, und im Falle der Veröffentlichung der personenbezogenen Daten die Information der anderen Verantwortlichen über den Löschungsantrag (Löschungsrecht, Art. 17 DSGVO),
- das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu beantragen (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO),
- das Recht - für den Fall, dass die in Art. 20 DSGVO genannten Bedingungen erfüllt sind - , die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einer strukturierten, allgemein üblichen und maschinenlesbaren Form zu erhalten, und das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zur Bearbeitung zu übermitteln (Recht auf Datenportabilität, Art. 20 DSGVO),
- das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f) DSGVO erfolgt, mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen (Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO); in diesem Fall verarbeiten die Verantwortlichen Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, sie weisen zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nach, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Datenverarbeitung ist weiterhin erforderlich für die Begründung, Ausübung oder Abwehr von Rechtsansprüchen,
- das Recht, eine Einwilligung jederzeit zu widerrufen, um eine Datenverarbeitung, die auf Ihrer Einwilligung beruht, zu unterbinden. Der Widerruf hat keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, die auf der vor dem Widerruf erteilten Einwilligung beruht (Recht auf Widerruf, Art. 7 Abs. 3 DSGVO), sowie
- das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO. Danach können Sie sich unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Selbstverständlich können Sie auch gern zuerst mit uns Kontakt aufnehmen. In einem Telefongespräch können, wie Sie wissen, viele Anliegen geklärt werden.